

Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause

Hagen, 10. Januar 2022

Dauer-Sperrung der A 45 zwischen den Anschlussstellen Lüdenscheid Nord und Lüdenscheid

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme des o.g. Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 6 Abs.1 GeschO, am 03. Februar 2022.

Beschlussvorschlag:

- Die Verkehrsabteilung der Verwaltung gibt Auskunft über bereits umgesetzte Maßnahmen, die den Verkehrsfluss im von der Vollsperrung der A 45 betroffenen Volmetal oder anderen Umgehungsstrecken verbessert haben.
- Die Verwaltung beschreibt die Auswirkungen einer nunmehr mehrjährigen Autobahnsperrung auf das Hagener Stadtgebiet und skizziert verkehrslenkende Maßnahmen, die in den kommenden Wochen und Monaten zum Tragen kommen könnten.
- Die Verwaltung erörtert gemeinsam mit der SIHK, der Bahn und der Speditionswirtschaft weitere Möglichkeiten, um die in Hagen und im Wirtschaftsraum Südwestfalen produzierten Güter vorwiegend auf der Schiene an ihre Bestimmungsorte zu transportieren.
- Der Oberbürgermeister wird gebeten, für die Zeit der Autobahnsperrung ein Hagener Begleitgremium aus Unternehmern, Gewerkschaften, SIHK, Politik und Verwaltung zu installieren, damit Informationen und Problemlagen kontinuierlich frühzeitig ausgetauscht und bearbeitet werden können. In diesem Begleitgremium sollen die von der mehrjährigen Sperrung in unserer Stadt betroffenen Bürgerinnen und Bürger – ob als Anwohner von Umgehungsstraßen, ob als Unternehmer, als Pendler, etc. - direkte Ansprechpartner finden.



Begründung:

Die Antragsteller sehen in der dauerhaften Sperrung der Talbrücke Rahmede für die kommenden Jahre und damit in der Unterbrechung der A 45 als Hauptverkehrsader in Südwestfalen „eine nationale Katastrophe“. Die Verschärfung der Situation gegenüber der noch im vergangenen Jahr verbreiteten Annahme, die A 45 können nach Reparaturarbeiten zumindest für den Pkw-Verkehr wieder freigegeben werden, wird Hagen als Oberzentrum in Südwestfalen vielfältig negativ treffen.

Daher ist es unumgänglich, dass sich unsere Stadt in den kommenden Jahren umfassend mit den anstehenden Problemlagen beschäftigt und im Schulterschluss mit möglichst vielen Akteuren geeignete Gegenmaßnahmen erarbeitet und umsetzt.

Dazu gehört auch die Verlagerung von möglichst vielen Gütern von der Straße auf die Schiene. Die Antragsteller hatten bereits in ihrem Eilantrag zur Ratssitzung im November eine entsprechende Initiative eingefordert. Mittlerweile hat auch die SIHK zu Hagen Überlegungen angestellt und Forderungen formuliert. Beispielsweise rückt die Südwestfälische Industrie- und Handelskammer Hagen (SIHK) die Alternative der „rollenden Landstraße“ mehr und mehr in den Mittelpunkt. „Unter ‚rollender Landstraße‘ versteht man die Verladung und den Transport von ganzen Lkws auf Niederflurwagen der Bahn.

Darüber hinaus müssten nun auch kurzfristig die Angebote für die Pendlerverkehre im ÖPNV ausgeweitet und optimiert werden, so die SIHK. Auch diesen Aspekt sollte die Hagener Stadtverwaltung unterstützend aufgreifen.

Freundliche Grüße



Claus Rudel
SPD-Fraktionsvorsitzender